Politische Rundschau.

Deutschland.

*Wie vom Berliner Hofmarschallamt dem Thorner Gouvernement mitgeteilt wurde, trifft der Kaiser behufs Teilnahme an der Einweihungsfeier der in der Wilhelmstadt neuerbauten evangelischen Garnisonkirche am 20. Dezember in Thorn ein.

*Hinsichtlich des deutsch-chinesischen Konflikts hüllt sich die Regierung zwar in Schweigen, es verlautet aber doch, dem deutschen Gesandten in Peking sei völlig freie Hand gelassen, welche Forderungen er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse für erstrebenswert und erreichbar halte. Wenn eine Gebiets-Erwerbung in größerem oder kleinerem Maßstabe gelinge, sei es selbstverständlich, daß an Deutschland alle Hoheitsrechte übergehen würden. Einstweilen bestehe die Hauptaufgabe darin, den Pfandbesitz der Kiao-Tschaubucht zu sichern, um weitere Forderungen mit Nachdruck durchzusetzen.

*Die Mobilmachung der Marine-Infanterie erstreckt sich auf alle acht Kompanien; die Kommandeure der beiden Seebataillone sind die Majors Dürr und Kopka von Lossow. Von den vier in Wilhelmshaven, Friedrichsort, Lehe und Kuxhaven garnisonierenden Marine-Artillerie-Abteilungen, die eine Etatsstärke von über 2000 Mann haben, werden, wie bereits erwähnt, nur 200 Mann beordert, die von den vier Abteilungen zu stellen sind. Diese Mannschaften sollen zur Bedienung der Feldgeschütze herangezogen werden.

*Der Streitfall mit Haiti ist als beigelegt zu betrachten, indem selbstverständlich die Negerrepublik klein beigegeben hat. Das haitische Flaggschiff „Crête-à-Pierrot" hat vor der deutschen Flagge seine Flagge gedippt, ein Musikkorps der haitischen Flotte habe die deutsche Nationalhymne gespielt und der „Crête-à-Pierrot" einen Salut von 21 Schuß gefeuert, der von dem deutschen Flaggschiff „Charlotte" erwidert worden ist. Der zweite Teil der geforderten zeremoniellen Genugthuung soll alsbald zur Ausführung gelangen; der deutsche Geschäftsträger Graf Schwerin wird nämlich in förmlicher und feierlicher Weise von den haitischen Beamten empfangen werden. Letztere haben die Versicherung abgegeben, daß an den Beamten, welche für die gegenwärtige Entfremdung zwischen Deutschland und Haiti verantwortlich seien, summarische Justiz vollstreckt werden solle. Ueber die geforderte Entschädigung und deren Bewilligung verlautet noch nichts näheres.

*In den Etat des Reichsamts des Innern ist ein Posten von 25 000 Mk. als erste Rate zu den Kosten einer Unfallstatistik für das Jahr 1897 aufgenommen worden. Vom Reichsversicherungsamt ist im Jahre 1887 eine Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle der gewerblichen Berufsgenossenschaften aufgestellt worden, die wesentlich dazu beigetragen hat, die für die Bestrebungen der Unfallverhütung wichtige Kenntnis der Ursachen der Unfälle zu fördern. 1891 haben dann die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eine ähnliche Statistik erhoben. Bei der allgemeinen Steigerung der entschädigungspflichtigen Unfälle ist es zur näheren Erkenntnis der Gründe und der Richtung dieser Steigerung geboten, nach zehnjähriger Frist die Statistik des Jahres 1887 unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen zu wiederholen. Mit der Bearbeitung der Statistik ist bereits begonnen, jedoch wird sie sich bis in das Jahr 1899 erstrecken.

*Der Abg. v. Salisch, von den Konservativen unterstützt, hat wiederum in Form eines Gesetzentwurfs Abänderungen und Ergänzungen der Strafprozeßordnung und der Zivilprozeßordnung beantragt, die sich auf Zeugnisverweigerung von Rechtsanwälten, Aerzten, auf die Abnahme des Eides von mehreren Personen zu gleicher Zeit und auf die besondere Vereidigung der Sachverständigen bezieht.

*Ueber die Stellung der Konservativen zur Marinevorlage schreibt die ‚Post': (Gegenüber der durch einen parlamentarischen Berichterstatter verbreiteten Meldung über die Haltung der Konservativen zu den Marinefragen erfahren wir, daß Einstimmigkeit nur betreffs Bewilligung der im Etat geforderten Positionen herrscht, dagegen eine Minorität bisher noch nicht gewillt ist, für das Marinegesetz in der von der Regierung vorgelegten Form zu stimmen. (Diese Minorität scheint sich aus den Anhängern des Bundes der Landwirte zu rekrutieren.)

*An die Spitze der Kolonialabteilung soll nach der beabsichtigten Ernennung des Frhrn. v. Richthofen zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen General v. Scheele berufen werden, der bekanntlich mehrere Jahre Gouverneur in Deutsch-Ostafrika war.

*Die englische Nachricht über eine Schlappe, die die deutschen Regierungstruppen im Hinterlande von Kamerun erlitten haben sollte, wird von der ‚Post' als unbegründet bezeichnet. An amtlicher Stelle sei man seit Wochen von der Rückkehr der Expedition unterrichtet; die Ursache sei indessen keineswegs in Verlusten zu suchen, die die Schutztruppe erlitten habe. Die Sache sei so unbedeutend, daß ihrer nicht einmal im amtlichen Kolonialblatte Erwähnung gethan worden sei.

Oesterreich-Ungarn.

*Die parlamentarische Maschine in Oesterreich wird sobald nicht wieder in Bewegung gesetzt werden können. Die innerpolitische Lage ist noch immer unverändert; die neue Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses und die Präsidiumfrage bilden keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, wohl aber die Sprachenfrage. Die von den Tschechen gemachten Zugeständnisse erscheinen den Deutschen als viel zu gering.

*Nichts beleuchtet die Gefahren, mit denen der tiefer und tiefer fressende Nationalitätenhader Oesterreich bedroht, greller als der Umstand, daß selbst in der Armee Symptome einer dadurch geschaffenen Zerrüttung aufzutreten beginnen. Nach einer Nachricht aus Prag hat ein aus dortigen Tschechen rekrutiertes Bataillon des 28. Regiments gegen die Plünderhorden gänzlich versagt und die Aufrührer mit nationalen Zurufen begrüßt.

*Im ungarischen Abgeordnetenhause hat Ministerpräsident Baron Banffy den Gesetzentwurf eingebracht, der die wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich einseitig regelt.

Frankreich.

*Der langjährige Vertreter Rußlands in Paris, Botschafter Baron v. Mohrenheim ist seines Amtes entsetzt worden. Zu seinem Nachfolger ist Graf Nelidow, nach dem ‚Figaro' aber der bisherige russische Gesandte in Brüssel, Urussow, ausersehen worden.

*Am Dienstag kam im Senat die Dreyfus-Angelegenheit zur Besprechung. Scheurer-Kestner machte dem Kriegsminister Billot den Vorwurf, derselbe habe die Untersuchung nicht sorgfältig durchgeführt, denn er (Scheurer-Kestner) habe demselben doch sein Aktenmaterial vorgezeigt. Billot dagegen erklärt, Scheurer-Kestner habe ihm kein Schriftstück überlassen und fragt, was er unter diesen Umständen hätte thun sollen. Scheurer-Kestner erwidert, wenn das Borderau (Auszug aus einer Abrechnung), auf Grund dessen Dreyfus allein verurteilt sei, höchster Wahrscheinlichkeit nach nicht von Dreyfus herrühre, so liege doch aller Anlaß zu einer Revision des Dreyfus-Prozesses vor. Eine Tagesordnung, welche die Haltung der Regierung billigt, wurde mit 231 Stimmen angenommen.

*Im Prozesse gegen Esterhazy soll das Borderau, das angeblich von Dreyfus herrührt, nochmals genau untersucht werden. Diese Untersuchung wird aber mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen. General Saussier will selbst alle einschlägigen Aktenstücke prüfen.

*Alle gemäßigten Blätter, ‚Temps', ‚Liberté', und ‚Journal des Debats', konstatieren, daß Billots Erklärungen die Geheimnisse des Dreyfus-Prozesses keineswegs aufklären. Die Kammersitzung habe lediglich die Chauvinisten, nicht aber jene befriedigt, die die Wahrheit suchen. Die öffentliche Meinung verlangt Beweise, keine Versicherungen.

Italien.

*Das Ministerium Rudini hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Die Kammer vertagte sich infolgedessen, der König aber hat seinen Entschluß noch hinausgeschoben.

Spanien.

*Ministerpräsident Sagasta ist erkrankt und muß das Zimmer hüten. — Die Königin-Regentin unterzeichnete den Erlaß betr. die Auflösung der Cortes. Die Neuwahlen finden im März statt. — Der ‚Imparcial' veröffentlicht abermals ungünstige Nachrichten aus Cuba; in den Spitälern sollen sich 80 000 kranke spanische Soldaten befinden.

*Vom cubanischen Kriegsschauplatz meldet eine Depesche aus Havana, daß Oberst Tovar nach einem Kampfe die Stadt Guisa von den Aufständischen zurückerobert hat. — Mithin ist also die Meldung, wonach diese Stadt von den Aufständischen erobert worden, richtiger gewesen, als die gleich dahin ergangene „Berichtigung", die statt dessen den in der Nähe gelegenen kleinen Ort Parte angab.

Balkanstaaten.

*Die Unterzeichnung des Friedens wurde dem Kommandeur der thessalischen Truppen mitgeteilt, und die weißen Flaggen auf der neutralen Zone wurden beseitigt. Die griechische Kammer wird voraussichtlich nächsten Montag einberufen.

Afrika.

*Bei Casablanca in Marokko, wo bekanntlich im vorigen Jahre der deutsche Staatsangehörige Neumann ermordet ward, ist jüngst ein deutscher Schutzgenosse, El Mekin Bel Kab Medium, Handelsagent einer dortigen deutschen Firma, ermordet worden. Im Auftrage des kaiserlichen Konsulats ist eine Notariatsakte über den Leichenbefund aufgenommen worden.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag stand am Montag der Gesetzentwurf betr. die deutsche Flotte zur ersten Beratung. Reichskanzler Fürst Hohenlohe legte den Flottenplan und seine Motive dar. Staatssekretär Tirpitz verteidigte den Entwurf und betonte, daß Deutschland, wenn man seiner Flotte die Lebensbedingungen nehme, seinem wirtschaftlichen und politischen Untergang entgegengehe. Abg. Schönlank (soz.) bekämpfte die Flottenpolitik der Regierung. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) erklärte, daß seine Partei, abgesehen von einem kleinen Teile, die sachlichen Gründe der Vorlage anerkenne. Abg. Barth (fr. Vgg.) erklärte sich für den Ausbau der Flotte, aber gegen das „Septennat", während Abg. v. Jazdzewski (Pole) namens seiner Partei die Vorlage rundweg ablehnte.

Am 7. d. wird die erste Beratung des Flottengesetzes fortgesetzt.

Abg. Richter (frs. Vp.): Bei der Eröffnung des Reichstages wurde es als dessen Pflicht bezeichnet, das, was Kaiser Wilhelm der Große geschaffen, zu erhalten. Dieser Pflicht hat sich aber der Reichstag bisher noch nicht entzogen. Das Heer ist um 91 000 Mann größer, das Ordinarium des Militäretats ist dementsprechend gestiegen, und im Extraordinarium ist für Heer und Marine seit 1888 die Summe von 1860 Mill. Mk. hergegeben worden. Die Marine soll den an sie herantretenden Aufgaben nicht gewachsen sein! Nun, die Expedition nach China, diese außerordentliche Kraftentfaltung zeigt doch, daß man die Flotte für ausreichend hält. Der Notwendigkeit eines Ausbaues der deutschen Flotte verschließen wir uns durchaus nicht. Das jährlich auszuübende Budgetbewilligungsrecht erleichtert ganz bedeutend den Ausgleich entgegenstehender Ansichten und Forderungen; darin liegt naturgemäß auch der Grund, weshalb wir einem Septennat entgegentreten. Wir stimmen in vielen Punkten mit der Regierung überein, in der Notwendigkeit des Küstenschutzes sowie der Besetzung auswärtiger Stationen. Der beste Schutz der deutschen Interessen im Auslande geschieht durch ordentliche Handelsverträge. Schutzzöllnerische Handelspolitik könnte uns mehr schaden als der Mangel aller Stationsschiffe. Unsere Küsten sind doch hinreichend geschützt; und wenn wirklich einige Panzer mehr erforderlich, warum müssen es im ganzen 19 sein? Nach den früheren, mit gleicher Entschiedenheit vorgetragenen Ansichten sollten es nur 15 sein. Wie schwer ist es nun schon, für ein Jahr die Budgetforderungen mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, die Bedürfnisse richtig abzumessen; um so viel schwerer ist es bei einem Septennat. Aber hier handelt es sich gar nicht um ein Septennat, sondern um ein Aeternat. Nun hat der ‚Reichs-Anzeiger' in seiner damals zu ganz ungewöhnlicher Stunde gemachten Veröffentlichung der Marinevorlage gleichzeitig die Versicherung gegeben, der Flottenplan sei ohne neue Steuern durchzuführen. Ich traue den Frieden nicht. Die Tabaksteuer ist noch nicht ad acta gelegt, und ich bin überzeugt, daß auch die Bierschlange wieder ihr Haupt erheben wird. Für die richtige Beurteilung des Bedürfnisses fehlt jede sichere Grundlage; müssen wir es doch erleben, daß sich die Kosten im Bau befindlicher Schiffe um Millionen vergrößern, weil in der Konstruktion plötzlich Aenderungen sich als nötig herausgestellt haben. Und wir sollen uns auf sieben Jahre hinaus binden, nein, sogar zu einem Aeternat die Hand reichen! Das ist unmöglich, und wenn der Herr Schatzsekretär die Reichsfinanzen noch so himmelblau darstellt. Und nun bedenken Sie ferner, das Quinquennat des Heeres läuft ab, wie wird das neue Quinquennat aussehen? Schon der jetzige Militäretat sieht ganz unheimlich aus; die Herren vom Landheer wollen hinter der Marine augenscheinlich nicht gern zurückbleiben. Warten Sie nur, wenn die Marine vorüber ist, kommt das Landheer anmarschiert. Früher konnte uns Herr Miquel die Finanzlage nicht schlimm genug darstellen, die Einzelstaaten kamen und riefen beim Reich nach neuen Steuern. Und jetzt? Jetzt sind die Finanzen ganz ausgezeichnet und neue Steuern absolut nicht erforderlich. Dieses Gesetz dient nicht zur Stärkung unseres Ansehens im Auslande. Es ist ein Gesetz gegen das eigene Parlament, geboren aus dem Mißtrauen gegen die eigene Volksvertretung. Deshalb lehnen wir jedes Eingehen auf die Vorlage ab.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, die Vorgänge in China und Haiti bewiesen, daß unsere Flotte unzulänglich sei. Er stellt in Abrede, daß er sich mit seinem Vorgänger in Widerspruch gesetzt habe, und weist darauf hin, daß, wenn der Reichstag sich füge, dies auch die verbündeten Regierungen thäten.

Abg. Arnim (freikons.) führt aus, die Flottenvorlage sei unbedingt notwendig zur Wahrnehmung der auswärtigen Interessen Deutschlands. Mit der Festlegung des Etats sei es auch nicht so schlimm; denn gerade die Marine sei eine Institution, die am meisten einer festen Grundlage bedürfe. Die Schlachtschiffe seien nicht zur Offensive da, sondern zum Schutz der nationalen Arbeit und sollten eine Blockade verhindern und die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie in Kriegszeiten ermöglichen. Das sollten die Sozialdemokraten bedenken mit Rücksicht auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

Abg. Lieber (Zentr.) erklärt, seine Partei werde sich die Prüfung der Vorlage, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich sei, angelegen sein lassen. Im Augenblick sei es für sie vollkommen unmöglich, sich ein abschließendes Urteil darüber zu bilden. Die politische Lage sei mit Rücksicht auf die Militär-Strafprozeß-Ordnung und das unerfüllte Versprechen eines Vereins-Gesetzes die denkbar ungünstigste. Auch die Aufhebung des Jesuiten-Gesetzes sei noch nicht erledigt. Graf Hompesch habe s. Z. feierlichst erklärt, daß die Abstimmung des Zentrums beim Bürgerlichen Gesetzbuch völlig unabhängig sei vom Schicksal des Jesuitenantrages. Auch diese Vorlage werde es unbefangen prüfen. Vielleicht sei aber die bescheidene Frage an die Regierung berechtigt, was sie zu thun gedenke in Zukunft angesichts der Haltung einer großen Partei? Die Vorlage, die dem Redner persönlich sympathisch sei, stelle einen Fortschritt gegen die früheren Flottenpläne dar. Seine politischen Freunde fühlten sich in ihrem politischen Gewissen durch eine Bindung auf sieben Jahre in der letzten Tagung des Reichstages bedrängt. Hier läge das schwerste Bedenken. Bezüglich der Auslandschiffe lägen keine Bedenken vor. Klarheit müsse über die im Gefolge der Schiffsbewilligungen befindlichen Ausgaben geschaffen werden. Er glaube nicht, daß die ausgeworfenen Summen ausreichen würden, und ebensowenig würden die regelmäßigen Einnahmen eine Deckung zulassen. Wenn man die Sicherheit geben könne, daß die neuen Lasten nur auf die Schultern der Leistungsfähigen gelegt werden würden, dann hätte man neun Zehntel des Widerstandes gegen die Vorlage überwunden. Man sei es dem deutschen Vaterlande schuldig, die Vorlage zu prüfen.

Staatssekretär Tirpitz erwidert, die einmaligen Ausgaben sollten nicht wesentlich überschritten werden. Doch stände er dem Vorschlage auch, die Gelder auf sieben Jahre zu begrenzen, sympathisch gegenüber, vorausgesetzt, daß der Zweck der Vorlage dabei erreicht werde.

Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welfe) weist auf das ungeheure Wachsen der Ausgaben für Heer und Marine hin. Man solle endlich auch an Ausgaben für Kulturzwecke denken. Redner macht sein Votum vom Ergebnis der Kommissionsberatungen abhängig.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Donnerstag vertagt.

Im Reich der Töne.

1] Novelle von A. v. d. Osten.*)

„Gnädigste! — Verehrte Freundin, teure Frau Wanda, Sie zürnen mir also nicht? Sie wollen diese Kinder der Flora meine holden Fürsprecherinnen sein lassen?"

„Aber in der That, Herr Graf, Sie irren! Ich entsinne mich durchaus keines Umstandes, der Sie zu solcher Bitte veranlassen könnte."

„Ach gestern abend — — nein, nicht wieder diesen strengen Blick, Gnädigste! Ich verstehe, Sie sind edel, des Weibes schönstes Recht ist das Vergeben."

Die junge Frau nahm die herrlichen Rosen, welche der Graf ihr geboten hatte, roch daran und legte sie schweigend auf den Tisch zwischen sich und ihm; sie wußte auf seine letzte Rede nichts zu entgegnen.

Das Gespräch fand in Wanda von Xavers vornehm luxuriösem Empfangszimmer statt. Sie saß ihrem Gaste ernst gegenüber, einfach dunkel gekleidet, so einfach, daß er sehen mußte, wie sie absichtlich jeden Versuch, ihm zu gefallen, vermieden hatte. Das pikierte ihn, und eine schwüle Stille trat nach seinen letzten Worten ein.

Graf Nesselrott war ein Mann, der sich dem Alter näherte. Trotz oder gerade seiner geckenhaften gewählten [illegible] er grau und abgelebt neben [illegible] Witwe seines verst[illegible] zu gewinnen [illegible] kommen m[illegible]

Wie sie nun dasaß mit diesem hochgetragenen Kopf voll tiefschwarzer Haare und den großen dunkelblauen Augen, offen aufgeschlagen, mit der deutlichen Frage darin: was willst du nun eigentlich von mir? Ihn überhaupt nicht verstehen zu wollen — — es war mehr als fatal.

Gestern abend in einer kleinen Gesellschaft bei Wanda war es gewesen, er hatte sich von seinen lebhaften Wünschen fortreißen lassen, zu viel gesagt — heut kam er als schlauer Diplomat, sich verzeihen zu lassen und die Gelegenheit klug zu nutzen. Weiber, so hatte er kalkuliert, sind bei solchem Anlaß leicht gerührt oder mit einem Wortschwall und mit Vorwürfen bei der Hand. Dazwischen findet sich leicht eins, an das man anknüpfen und sie mit ihren eigenen unlogischen Schlüssen besiegen kann. Aber auf Schweigen war er nicht gefaßt.

Nervös spielte er mit seiner Uhrkette, betrachtete seine tadellos geschnittenen Fingernägel, schaute tiefsinnig auf die feinen Lackspitzen seiner Stiefeletten und — faßte einen Entschluß. Wie von einer plötzlichen, unwiderstehlichen Erin[illegible] sah er der jungen Frau mit [illegible] Gesicht.

[illegible] bezaubernd ge[illegible]ritte, welche [illegible]l!"

[illegible]dig auf. [illegible]elrott? [illegible] Sie [illegible] offte [illegible] ist

„Herbert ist mein Lehrer und mein Freund," unterbrach Wanda ihn mit noch stolzerer Betonung. „Verzeihen Sie, Herr Graf, aber Sie haben nicht das Recht, so zu mir zu sprechen, und ich hoffe Bildung genug zu besitzen, um keinen meiner Gäste weder absichtlich noch unabsichtlich zu kränken."

Der Graf verneigte sich steif und überlegte, ob er nach diesen Worten gehen müsse. Es schien ihm allerdings so, aber dann hätte er ja die Schlacht vollständig verloren und das — nein, eine solche Blamage — —

Er betrachtete wieder angelegentlich seine Fingernägel und seine Lackstiefel, und dann sah er wieder auf, diesmal ernst und väterlich, und sprach er auch: „Frau Wanda, Sie wissen, ich war der intimste Freund Ihres verstorbenen Gatten."

„Ja?" fragte Wanda überrascht.

„Ja," bekräftigte der Graf, „Sie wußten das nicht? Er hat mir noch kurz vor seinem Tode in einer vertraulichen Unterredung auf [illegible] Seele gebunden, im Falle er sterben sollte, [illegible] Freundesaugen über Sie zu wachen. Ich weiß, wie sehr Sie das Andenken an Ihren Gatten in Ehren halten, wollen Sie mir also gestatten, als Freund zu Ihnen zu reden?"

Wanda war zu erstaunt über diese Erklärungen, die zu glauben ihr schwer fielen, neigte daher nur zustimmend den Kopf.

„Es ist Ihnen bekannt," fuhr der Graf fort, „daß ich unmittelbar, nachdem ein Herzschlag Ihnen den Gemahl, mir den Freund geraubt hatte, in einer diplomatischen Sendung an einen entfernten kleinen Hof geschickt wurde. Als ich vor kurzem, es waren inzwischen zwei Jahre

„Ich [illegible] Ihr Gemahl [illegible] Ihnen [illegible] Ihr [illegible] jedenfalls das allein richtige Instrument für Ihre Hand."

Wandas Blick streifte durch die offene Thür in das saalartige Gemach, das der große Steinway in der Mitte, mehrere Geigenpulte und Schränke mit Musikalien, Büsten von Heroen der Tonkunst, überhaupt die ganze Einrichtung, der Teppiche, Portieren und Polster fehlten, als Musikzimmer in strengem Sinne kennzeichnete.

„Diesen Erfolg," fuhr Wanda fort, „danke ich niemand als Herbert. Seit ich seinen Unterricht und seine Begleitung habe, fühle ich, wie mein ganzes musikalisches Vermögen sich steigert — es macht mich sehr glücklich."

Des Grafen sorgfältig geglätteten und gefärbten Brauen zogen sich dicht zusammen, und ein süßsaures Lächeln umzog sein welkes Gesicht, welches nicht sympathischer dadurch wurde.

Das Entzücken, mit dem sie die Lobrede über diesen Musikanten hielt!

„Gnädige Frau," sagte er fast im Flüsterton, um seine verletzte zornige Eigenliebe besser beherrschen zu können, „dieser junge Mensch, dieser Fremdling — gestatten Sie ihm nicht zuviel Ehre und Heimatrecht in Ihrem Hause?"

Die junge Frau hob schwer gekränkt den stolzen Kopf. „Sind Sie mein Vormund, Herr Graf?"

„Ich wollte, ich wäre es!" brach er aus. „Ich wollte, ich hätte das Recht — — verzeihen Sie, gnädige Frau, ich könnte ja Ihr Vater sein, und Sie haben keinen besseren Freund als mich und keinen älteren: kränken Sie mich absichtlich mit dieser Bevorzugung eines namenlosen jungen Mannes, der — —"

*) [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN